



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview mit Renate Schmidt

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Renate Schmidt, SPD

Was ist für Sie die wichtigste Aufgabe in Ihrem Amt nach der Ernennung zur Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend?

Ich sehe mich als Ministerin für Gesellschaftspolitik und mische mich in alle wichtigen gesellschaftspolitischen Themen ein. Schwerpunkt in der Familienpolitik ist in dieser Legislaturperiode, die Angebote an Bildung und Betreuung für Kinder zu verbessern - Westdeutschland liegt bei den Betreuungsangeboten im europäischen Vergleich weit zurück. Für äußerst wichtig halte ich außerdem, Toleranz und Demokratie unter jungen Leuten zu stärken. Unser Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus,

Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ führen wir deshalb 2003 in gleichem Umfang fort. Mit dem Programm unterstützen wir lokale Bündnisse, Netzwerke und Initiativen vor allem in Schulen, Betrieben und Jugendtreffpunkten, die für Toleranz eintreten.

Sie sind Kuratorin des Deutschen Kinderschutzbundes und haben mehrere Bücher über Familienpolitik geschrieben. Welche Bücher sind das und mit welchen Themen befassen sie sich?

Mein Buch „S.O.S. Familie - ohne Kinder sehen wir alt aus“ fasst zusammen, was ich in über 25 Jahren als Familienpolitikerin, aber auch als Mutter, Ehefrau und Großmutter in der deutschen Familienwirklichkeit erlebt habe, positiv wie negativ.

Wenn man über den Tellerrand Deutschlands hinausschaut, entdeckt man plötzlich, was wir uns von anderen europäischen Ländern abschauen könnten. Z.B. ein so umfassendes Betreuungsangebot wie in den skandinavischen Ländern.

Bis Ende dieses Jahres wollen Sie einen Aktionsplan für ein kinderfreundliches Deutschland vorlegen. Können Sie uns schon jetzt etwas darüber berichten?

Kinder und Jugendliche brauchen die besten Bildungsmöglichkeiten, da sind sich alle einig. Ein reiches Land wie Deutschland darf im Europavergleich nicht länger hinterher hinken. Gemeinsam mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden werden wir nächstes Jahr quantitative Festlegungen treffen und uns über die Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote verständigen. Denn eine Betreuungsquote von 1,4 Prozent für die unter 3-Jährigen in manchen westlichen Bundesländern, z.B. in Bayern oder Baden-Württemberg, ist zu dürftig; wir wollen das Angebot bedarfsgerecht ausgestalten und peu a peu bis auf 20 Prozent anheben. Der Bund gibt, obwohl formal nicht zuständig, Mittel dazu bis zu einer Größenordnung von 1,5 Mrd. Euro jährlich.

Die SPD setzt den Schwerpunkt eindeutig für die Verbesserung der Betreuungsangebote der Kinder. Ist da-

mit eine weitere Erhöhung des Erziehungsgeldes zunächst zu den Akten gelegt?

Der Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau des Betreuungsangebotes. Wir haben seit 1998 die Leistungen für Familien bereits um 13 Mrd. Euro jährlich auf 53 Mrd. Euro erhöht, z.B. durch höhere Einkommensgrenzen für das Erziehungsgeld und 40 Euro mehr beim Kindergeld. Für die meisten Familien ist nun eine bessere Infrastruktur wichtig. 70 Prozent der nicht erwerbstätigen Mütter würde gerne arbeiten, hat aber keine Kinderbetreuung. 40 Prozent der Akademikerinnen sind mit 39 Jahren noch immer kinderlos. Das ist oft nicht freiwillig, das hat sich vielfach ergeben, weil der Beruf mit dem Kinderwunsch nicht in Einklang zu bringen war. Wir müssen die Rahmenbedingungen verbessern.

Der SPD-Bundesvorstand hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass die Reform der Familien- und Bildungspolitik genau so wichtig ist wie die der Wirtschaft und Arbeit. Welche Reformen sind hier geplant?

Familienpolitik ist - abseits der Tagesaktualität - das, was den Menschen am meisten am Herzen liegt. Der Bund unterstützt den Ausbau von Ganztagschulen mit einem 4-Mrd. Euro-Programm und ab nächstem Jahr stehen jährlich 1,5 Mrd. Euro für die Betreuung der unter 3-Jährigen zur Verfügung. Außerdem starte ich gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften im Frühsommer eine Allianz für die Familie, mit der wir die Arbeitswelt familienfreundlicher gestalten und damit die Balance zwischen Arbeits- und Familienleben verbessern wollen.

Sie planen im Vorabendprogramm des Fernsehens Kurzfilme zu zeigen, die von Erziehungsproblemen handeln. Was soll in diesen Filmen gezeigt werden?

Viele Eltern sind unsicher, wie sie ihre Kinder erziehen sollen, besonders beim Medienkonsum. Wie oft dürfen Kinder fernsehen? Gibt es für Kinder besonders geeignete Sendungen? Mit der Programmzeitschrift Hörzu und weiteren starken Partnern starten wir vor dem Sommer eine Kampagne „Schau Hin!“ zur Medienerziehung. Sie soll Eltern und Kinder zu kritischem Umgang mit den Medien anleiten.

Haben Sie bei der Erziehung Ihrer drei Kinder jemals Probleme gehabt?

Welche Eltern hätten die nicht? Natürlich habe ich nicht nur die Schokoladenseite gesehen. Große Probleme gab's zum Glück bei uns nicht.

Zeit mit der Familie zu verbringen, ist für mich noch immer das Schönste in meinem Leben. Ich bin stolz auf meine drei Kinder und meine vier Enkelinnen.

Wir teilen Ihre Meinung, dass eine gute Erziehung der Kinder sehr wichtig ist. Haben Sie Ideen, wie man diese noch verbessern kann?

Erziehung braucht ein positives Klima und vor allem

Zeit. Zur Erziehung gehört das Recht der Kinder auf klare Regeln und Maßstäbe. Sie müssen für alle gleichermaßen gelten, ob groß oder klein. Wer bei Kindern Rücksicht anmahnt, selbst aber Egoismus pur vorlebt, ist kein Vorbild für Kinder. Solidarität und Eigeninitiative, Toleranz und Kritikfähigkeit lernen Kinder zuerst in den Familien.

Kinder brauchen positive Vorbilder. Die sehen sie im Idealfall in ihren Eltern, aber auch der Erzieherinnen, Lehrerinnen und Lehrern. Werte setzen nicht nur die Familien, die Gesellschaft insgesamt muss sich über Leitbilder der Erziehung verständigen.

Sie vertreten die Ansicht, dass der Ausbau der Kinderbetreuung auf längere Sicht für den Staat höhere Einnahmen als Kosten erzeuge. Können Sie uns das näher erläutern?

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, dass die Einspareffekte für die öffentlichen Haushalte und die Einnahmen für die Sozialversicherungen bei einem Ausbau der Kinderbetreuung immens sind: die gut qualifizierten Mütter können so arbeiten, wie sie wollen; Alleinerziehende, die arbeiten, sind nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen und wir schaffen Beschäftigung für Erzieherinnen und Erzieher. Eine nächste Studie in meinem Auftrag liegt demnächst vor. Sie berechnet den betriebswirtschaftlichen Nutzen für Unternehmen durch familienfreundliche Arbeitszeiten.

Das Interview mit der Ministerin führte Hans Bonkas.

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.,
Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.
Gesamtherstellung: Druckerei L. Ludewig-Nold, Ahornstr. 30, 65933 Frankfurt am Main.
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes:
Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

„Die Republik den Republikanern!“

Der Gau Württemberg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Weimarer Republik

Am 16. August 1924 wurde in Württemberg unter der Überschrift „Republikaner, Kriegsteilnehmer!“ ein Aufruf veröffentlicht: „Seit mehr als vier Jahren kämpft die Deutsche Republik um ihr Bestehen und ihre innere Sicherheit ... Die Ermordung führender Männer, wie Erzberger und Rathenau, hatte den Zweck, der Republik die besten Köpfe zu nehmen ... Unter dem Vorwand nationale Ziele zu verfolgen, haben sich Organisationen gebildet, um den Bürgerkrieg zu entfesseln ... Republikaner! Kriegsteilnehmer! ... Noch immer wird die Republik von innen und außen bedroht! Da ist es Pflicht jedes aufrechten Republikaners, mitzuwirken an den erforderlichen Abwehrmaßnahmen! Die Republik den Republikanern! muß für die Zukunft die Losung sein!“



Postkarte des Kampfverbandes

Ein halbes Jahr nach der Gründung am 22. Februar 1924 in Magdeburg wurde damit auch in Württemberg zur Gründung eines Gauverbandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold-Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e.V. aufgerufen. In dieser Vereinigung sollten sich die Mitglieder der so genannten Weimarer Koalition aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und dem Zentrum zu einem überparteilichen Kampfverband zusammenschließen, um die Weimarer Repub-

lik gegen alle ihre links- und rechtsgerichteten Gegner zu verteidigen. Der Gründungsauftrag vom 16. August 1924 wurde von acht Gauvorstandsmitgliedern um den Gründungsvorsitzenden Alfons Buse (1874 bis 1928) aus Stuttgart und von 42 Gauausschussmitgliedern unterzeichnet. Die Initiative zur Gründung des republikanischen Kampfverbandes ging in Stuttgart wie in Magdeburg vor allem von Sozialdemokraten aus, die den Gauvorstand mehrheitlich prägten, in dem der SPD-Reichstagsabgeordnete Erich Roßmann (1884 bis 1953) und der SPD-Landtagsabgeordnete Emil Schuler (1888 bis 1955) vertreten waren. Aber auch das DDP-Mitglied Robert Haußmann (1891 bis 1978) gehörte dem Gauvorstand an.

Der Gauvorstand berief mit der Zusendung des Gründungsauftrages und der Bitte um Unterzeichnung den Gauausschuss, dessen erste Mitglieder ebenfalls mehrheitlich aus der SPD, aber auch aus der DDP kamen. Darunter befanden sich sechs teilweise sehr bekannte sozialdemokratische Landtagsabgeordnete: Friedrich Göhring (1876 bis 1948) aus Ulm, Wilhelm Keil (1870 bis 1968) aus Ludwigsburg, zugleich Reichstagsabgeordneter, Karl Ruggaber (1886 bis 1936) aus Ulm, Dr. Kurt Schumacher (1895 bis 1952) aus Stuttgart, Otto Steinmayer (1876 bis 1960) aus Stuttgart und Fritz Ulrich (1888 bis 1969) aus Heilbronn. Die DDP war mit vier teilweise ebenfalls sehr bekannten Landtagsabgeordneten vertreten: Dr. Peter Bruckmann (1865 bis 1937) aus Heilbronn, Dr. Fritz Elsas (1890 bis 1945) aus Stuttgart, Emil Roth (1867 bis 1939) aus Reutlingen und Adolf Scheef (1874 bis 1944) aus Tübingen. Ein bekannter Landtagsabgeordneter des Zentrums konnte aber nicht für den Gauausschuss gewonnen werden.

Besonders stark waren auch führende Gewerkschaftsmitglieder der sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaft und der sozialliberal orientierten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vertreten. Der Gründungsvorsitzende Alfons Buse war Gewerkschaftssekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) der freien Gewerkschaften in Stuttgart. Aus den Freien Gewerkschaften kamen außerdem die Gewerkschaftssekretäre Fritz Fleck (1890 bis 1966) aus Tuttingen, Karl Mikeler (1878 bis 1955) aus Aalen, Anton Schmidt (1882 bis 1946) aus Waiblingen und Johann Weißer aus Schwenningen. Meistens waren sie Bevollmächtigte einzelner Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Mit Jakob Weimer (1887 bis 1944) gehörte auch der Bezirksleiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) dem Gauausschuss an. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine waren durch ihre Gewerkschaftssekretäre Karl Fuchs aus Bad Cannstatt und Fritz Varnholt (1876 bis 1929) aus Ulm vertreten. Allerdings fehlte ein bekannter Vertreter der Christlichen Gewerkschaften, die meistens dem Zentrum angehörten.

Der beabsichtigten Überparteilichkeit waren damit im Gau Württemberg von Beginn an enge Grenzen gesetzt, die sich aus der besonderen politischen Situation in Württemberg am Beginn der Weimarer Republik erklären. Der Gau Württemberg wurde unter der Regierung des deutschnationalen Staatspräsidenten Wilhelm Bazille (1874 bis 1934) gegründet, die aus den Landtagswahlen vom 4. Mai 1924 hervorgegangen war. Seine Mitte-Rechts-Regierung stützte sich auf eine Koalition der Deutschnationalen Volkspartei (Württembergische Bürgerpartei), des eng mit ihr verbundenen Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes und des Zentrums. Diese politischen Rahmenbedingungen stellten für die Gründung des Gaus Württemberg kein ideales Klima dar. Im Vergleich zu anderen Regionen des Deutschen Reiches waren die politischen Verhältnisse in Württemberg aber dafür sehr stabil, da es auch zu keinen größeren politischen Unruhen kam.



Titelblatt einer Broschüre des Reichsbanners von 1929

Unterstützung aus dem Zentrum erhielt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Württemberg kaum. Eine der wenigen positiven Stellungnahmen kam von dem Landtags- und Reichstagsabgeordneten Josef Andre (1879 bis 1950), der die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold als „absolute Notwendigkeit“ anerkannte. Dieser Anerkennung folgten indes nur selten Beitritte, wobei es aber auch im Gau Württemberg durchaus einige teilweise sehr aktive Zentrumsmitglieder gab, unter denen Professor Ernst Bauer (1881 bis 1940) aus Ludwigsburg vom linken Parteiflügel besonders herausragte. Ein weiteres bekanntes Reichsbannermitglied aus dem Zentrum war

der katholische Geistliche Wendelin Ott (1864 bis 1928) aus Hechingen. Im Allgemeinen vertrat das Zentrum in Württemberg aber den Standpunkt, „dass die Tätigkeit des Reichsbanners auf verschiedenen Gebieten eine Stärkung dieser Organisation vom Zentrumsstandpunkt als nicht opportun erscheinen lasse.“ Obwohl es für die Gau- wie auch für die Reichsebene keine genauen Angaben zur Mitgliederstruktur gibt, kann davon ausgegangen werden, dass auch der Gau Württemberg in deutlicher Mehrheit aus einer sozialdemokratischen Basis bestand. Es gab aber auch eine Gruppe teilweise sehr aktiver DDP-Mitglieder, unter denen der Reichstagsabgeordnete Theodor Heuss (1884 bis 1963), der Landtagsabgeordnete Johannes Fischer (1880 bis 1942) und Wilhelm Wirthle (1874 bis 1960) hervorzuheben sind. Letzterer spielte als langjähriger Vorsitzender des Ortsvereins Ulm und zweiter Gauvorsitzender und Technischer Leiter eine besonders wichtige Rolle.

Nach der Bildung des Gauvorstandes und des Gauausschusses erfolgte bald die Gründung der ersten Ortsvereine, die sich vom Sommer 1924 bis in das Frühjahr 1925 erstreckte. Als vermutlich erster wurde am 31. August 1924 der Ortsverein Stuttgart gegründet und der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Kurt Schumacher zum ersten Vorsitzenden gewählt. Dieses Amt gab der bekannte SPD-Politiker erst auf, als er 1930 in den Reichstag gewählt wurde. Kurt Schumacher war dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit besonderer Leidenschaft verbunden und wurde bald zum bekanntesten Redner bei den Kundgebungen des Gaus Württemberg. Der republikanische Kampfverband entsprach seiner schon seit einiger Zeit erhobenen Forderung, den Kampf gegen die rechtsgerichteten Demokratiegegner nicht nur auf parlamentarischer, sondern auch auf außerparlamentarischer Ebene mit militanter Gegenwehr zu führen. Vor dem Hintergrund des ersten Auftretens nationalsozialistischer Gruppen in Württemberg gründete er daher bereits 1922 einen sozialdemokratischen Wehrverband, der sich „Wandervereinigung Schwabenland“ nannte und dessen Mitglieder im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aufgingen.

Der Gründung in der Landeshauptstadt folgten bald auch Gründungen weiterer Ortsvereine in anderen württembergischen Groß-, Mittel- und Kleinstädten. Bei den Gründungsversammlungen wurden die Ziele des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bekanntgegeben und zur Mitarbeit aufgerufen. Bei der Gründung des Ortsvereins Reutlingen am 25. September 1924 erklärte der SPD-Reichstagsabgeordnete Erich Roßmann über die Aufgaben des republikanischen Kampfverbandes: „Seine Aufgabe ist eine friedliche und in erster Linie eine Aufgabe der Verteidigung, nicht des Angriffs. Das Reichsbanner hat sich zur Aufgabe gemacht, kulturelle und staatspolitische Propaganda für den republikanisch-demokratischen Staatsgedanken zu machen ... Wir wollen dafür sorgen, dass auch in Württemberg ein starkes und beachtenswertes Glied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold entsteht.“ Nach der Gründung zahlreicher Ortsvereine begann auch im Gau Württemberg eine umfassende Werbearbeit für die Weimarer Republik, bei der

sich der republikanische Kampfverband insbesondere zu den Farben Schwarz-Rot-Gold bekannte. Diese Farben waren in der Tradition des Vormärz und der Revolution von 1848/49 zur Flagge der Weimarer Republik erklärt worden. Die rechtsgerichteten Demokratiegegner setzten diesen Farben das Schwarz-Weiß-Rot des Kaiserreiches und die Reichskriegsflagge des Ersten Weltkrieges entgegen.

Den Auftakt dieser Werbearbeit bildeten im Gau



Ernst Jägers Werbeschrift für Schwarz-Rot-Gold als „Kulturhistorischer Beitrag zur Flaggenfarbe“ aus der Weimarer Republik

Württemberg wie in anderen Gauen zahlreiche Fahnenweihen, mit denen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold meistens erstmals in der Öffentlichkeit auftrat. Der Ortsverein Stuttgart veranstaltete seine Fahnenweihe am 15. und 16. September 1925. Der Bundesvorsitzende Otto Hörsing (1874 bis 1937) weihte die

ersten Fahnen und erklärte: „Drei Jahre alt war die Republik, und noch durfte man es nicht wagen die Farben Schwarz-Rot-Gold zu zeigen. Eine Meute fiel bei jeder Gelegenheit über die Farben her; sie wurden zerrissen, besudelt, mit Schmutz beworfen. Die Geschichte wird unserem Bunde einst das eine nachsagen müssen, dass wir die Farben der Republik dem Volk nicht nur gezeigt, sondern dass wir sie auch populär gemacht haben.“ Zur Werbung für Schwarz-Rot-Gold veranstaltete der Gau Württemberg seit 1925 mehrere

„Republikanische Tage“, die 1926 durch den „Flaggenstreit“ im Reichstag besonderes Gewicht bekamen. Zum „Flaggenstreit“ erklärte der Gau Württemberg in einem Aufruf: „Das ist ein unerhörter Angriff auf die verfassungsmäßigen Hoheitszeichen und Farben der Republik und auf die republikanische Staatseinrichtung selbst, der in seiner Auswirkung eine Förderung der verbrecherischen antirepublikanischen und putschistischen Bestrebungen in Deutschland bedeutet! ... Wir rufen daher die Republikaner auf, ihren Protest und ihre Empörungen laut und vernehmbar hinauszurufen!“ Bei den „Republikanischen Tagen“ Kundgebungen kamen Hunderte und teilweise sogar Tausende württembergische Reichsbannermitglieder zusammen und marschierten mit ihren schwarz-rot-goldenen Fahnen auf. Dabei wurden bevorzugt Kundgebungen in den Hochburgen der rechtsgerichteten Parteien abgehalten, um in der Öffentlichkeit Präsenz und Stärke zu demonstrieren.

Der republikanische Kampfverband trug wie andere Kampfverbände paramilitärische Züge und wurde auch entsprechend ausgebildet, besaß aber im Gegensatz zu den links- und rechtsgerichteten Kampfverbänden keine militärische Ausrüstung und Bewaffnung. Einzelne Ortsvereine wie Göppingen oder Ulm besaßen sogar auch noch Fahnen aus der Revolution von 1848/49, die als Traditionsbanner betrachtet wurden, da sich der republikanische Kampfverband ganz gewusst in die damit verbundene demokratische und nationale Tradition stellte. In Bad Cannstatt wurden Feiern zur Erinnerung an Ferdinand Freiligrath (1810 bis 1876) und in Tübingen zur Erinnerung an Ludwig Uhland (1787 bis 1862) abgehalten. Eine der größten Fahnenweihen war am 3. und 4. Juli 1926 der „Republikanertag“ in Ulm, wo einer der größten Ortsvereine des Gaus Württemberg bestand und gleichzeitig die Fahnen der Ortsvereine Geislingen an der Steige und Neu-Ulm geweiht wurden. Der Gauvorsitzende Alfons Buse rief dabei aus: „Für uns ist diese Fahne das Palladium unseres Sehns und Kampfgelebnisses. Kampfgelebnisse gegen jeden, wie immer gearteten Versuch, die Republik zu stürzen.“

Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV)

Kronberger Strasse 43
60323 Frankfurt am Main
Telefon und Telefax: 069-72 79 70

Vorsitzender: Georg Prinz

Erster stellv. Vorsitzender: Hans Bonkas

Stellv. Vorsitzende: Hans-Günther Cappel, Vorsitzender Richter beim Bundesdisziplinargericht a.D., Rechtsanwalt, Victor Graf von Matuschka, Ministerialrat a.D.

Weitere Vorstandsmitglieder: Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm von Hase, Hans Georg Marohl, Oberst a.D., Ursula Seuß-Hess, Dr. jur. Volkmar Zühlsdorff

Angeschlossene Verbände:

Arbeitsgemeinschaft Ausbildungsschäden nach BEG, Oldenburg
Freiheitsbund e.V., Berlin
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver De-

mokraten e.V., Frankfurt am Main

Verband für Freiheit und Menschenwürde e.V., Frankfurt am Main

Gemeinsames Ziel der in der UDWV zusammengeschlossenen Verbände sind u.a.:

Wahrung des Gedenkens an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Eintreten für Freiheit, Recht, Menschenwürde und Völkerversöhnung und Abwehr aller totalitären Bestrebungen von links und rechts.

Neben Verfolgten des Nationalsozialismus und der DDR gehören dem Vorstand der UDWV auch Persönlichkeiten an, die sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der DDR Widerstand geleistet haben und verfolgt worden sind.

Anfragen an die vorgenannten Verbände werden an dieselben von der Redaktion weitergeleitet.

Von der Mitte bis zum Ende der 1920er Jahre waren die politischen Verhältnisse in Württemberg und im Deutschen Reich vergleichsweise ruhig und stabil.

Bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 erreichte die NSDAP mit 18,3 Prozent einen erdrutschartigen Wahlerfolg und zog mit 107 Abgeordneten in den Reichstag ein. In Württemberg blieb die NSDAP mit 6,3 Prozent aber weit unter dem Reichsdurchschnitt. Dennoch löste die immer deutlicher werdende Gefahr für die Weimarer Republik beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auf Reichs- wie auch auf Gauebene eine sofortige Gegenoffensive aus, durch die der republikanische Kampfverband in die Öffentlichkeit zurückkehrte.

Als Reaktion auf den zunehmenden Straßenterror der rechts- und linksgerichteten Kampfverbände wurden aus jungen Reichsbannermitgliedern die so genannten „Schutzformationen“ aufgestellt, die den nationalsozia-



Der SPD-Politiker Kurt Schumacher (1895-1952) engagierte sich stark für den Kampfverband.

listischen Sturm-Abteilungen (SA) und dem kommunistischen Rotfrontkämpferbund (RFB) entgegentraten. Auch in Württemberg häuften sich in dieser Zeit politischer Radikalisierung gewaltsame Auseinandersetzungen - insbesondere in der Landeshauptstadt Stuttgart kam es wiederholt dazu - allerdings erreichten sie nicht die Dimensionen wie in anderen

Regionen des Deutschen Reiches. Für den 9. August 1931 wurde mit dem Aufruf „Kampftag für die Republik“ zu einer Großkundgebung des Gaus Württemberg in Verbindung mit der Gaukonferenz aufgerufen, die bewusst auf den Tag des von Kommunisten und Nationalsozialisten betriebenen Volksentscheides zur Auflösung des Landtages in Preußen gelegt wurde. Der Hauptredner war Kurt Schumacher, der mit kraftvoller Rhetorik zur Verteidigung der Weimarer Republik aufrief: „Mehr als sieben Jahre besteht das Reichsbanner. In diesen Jahren meinte man, das Reichsbanner sei ein Ende. Jetzt zeigt es sich, dass es erst ein Anfang ist.“

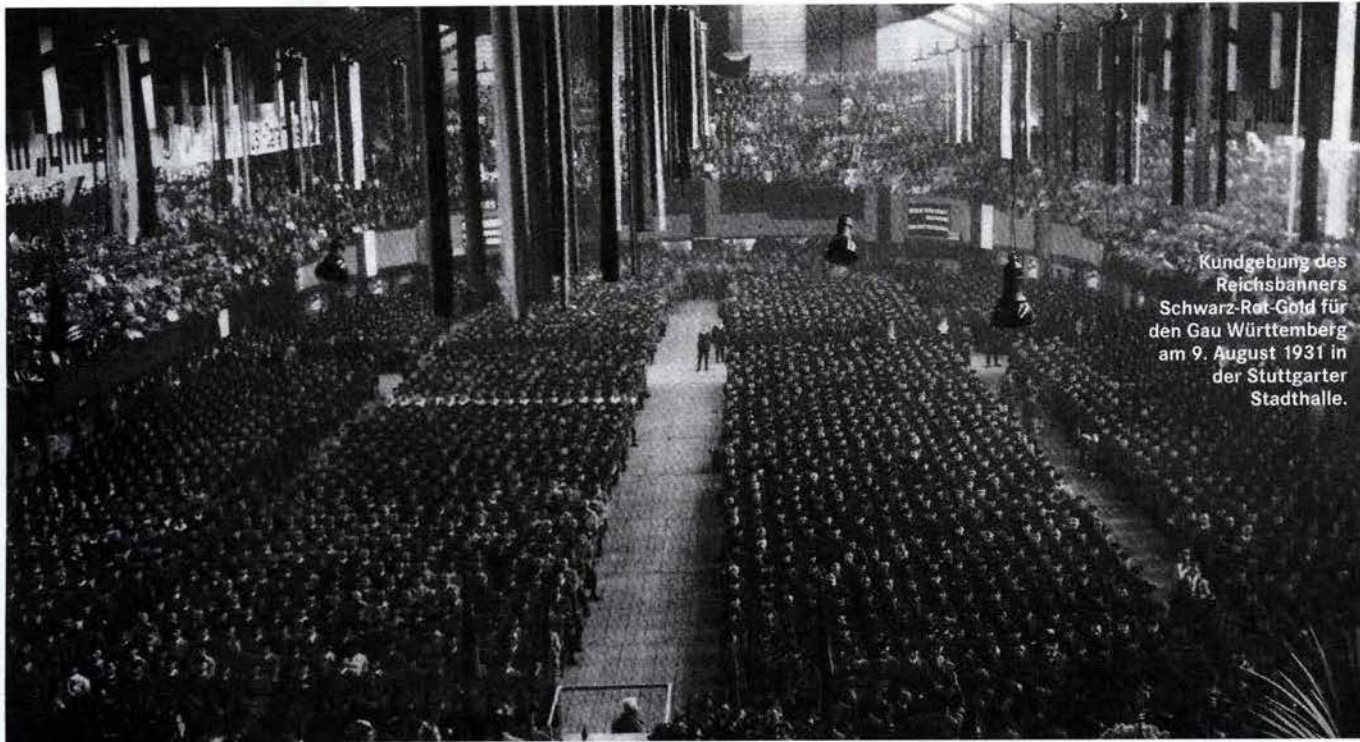
Zur Zusammenfassung der republikanischen Kräfte wurde dann am 16. Dezember 1931 auf Reichs- und am 26. Januar 1932 in Stuttgart unter führender Beteiligung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auch auf Gauebene das Bündnis der „Eisernen Front“ gegründet, in der sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), die SPD sowie die Kultur- und Sportorganisation der Arbeiterbewegung unter dem Symbol der drei Pfeile zusammenschlossen und sich in diesem Bündnis dem Rekordwahljahr 1932 stellten. Allerdings konnte auch dieses Bündnis die allgemeine politische Zersplitterung nicht überwinden und die erforderlichen Brücken in andere politi-

sche Lager schlagen. Der „Eisernen Front“ gelangen aber auch in Württemberg zahlreiche Kundgebungen, die zumindest im eigenen politischen Lager den Willen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus erheblich mobilisierten. Dieser Wille zum Widerstand war aber immer dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit verpflichtet und führte daher auch nicht zu militärischen Kampfaktionen. Am Ende des Jahres 1932 gab der Gau Württemberg noch bekannt: „Unerschüttert, mit dem Glauben an unseren Erfolg begrüßen wir das Kampfjahr 1933. Es wird das Reichsbanner jederzeit auf dem Posten finden.“

Am 1. März 1933 forderte der Gau Württemberg die Ortsvereine auf, im Falle von größeren Unruhen oder eines sich abzeichnenden Verbotes alle Unterlagen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Bis zuletzt wurde auch vor Gemeinschaftsaktionen mit den Kommunisten gewarnt: „Für die nächsten Tage gilt ganz besonders: Nur auf die Anweisungen der Führer hören! Nicht auf kommunistische Parolen und wilde Gerüchte achten.“ Trotz teilweise noch sehr starker Kundgebungen wurden das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die „Eiserne Front“ am 15. März 1933 durch das württembergische Innenministerium und den Polizeikommissar für das Land Württemberg verboten. Aktiver Widerstand, wie er zumindest anscheinend in der Landeshauptstadt Stuttgart mit der Besetzung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen theoretisch geplant war, fand praktisch nicht mehr statt, da die Führer die entsprechenden Befehle angeblich nicht mehr geben wollten. Zunehmende Resignation und die beginnenden Verhaftungswellen, durch die viele Reichsbannermitglieder in das Schutzhaftlager Heuberg kamen, bedeuteten auch im Gau Württemberg das Ende dieses republikanischen Kampfverbandes der Weimarer Republik.

Trotz dem letztlich gescheiterten Kampf gegen die Zerstörung der Demokratie muss zusammenfassend festgehalten werden, dass sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auch im Gau Württemberg große Verdienste darum erworben hat, für die Weimarer Republik zu werben und sie durch das deutliche Bekenntnis zur Verfassung und zur Flagge Schwarz-Rot-Gold zu verteidigen. In diesem Sinne äußerte sich am 9. September 1928 auch bereits das Reichsbannermitglied Fritz Ulrich bei einem „Republikanertag“ in Göppingen, wo er sagte, „dass es das Reichsbanner als seine vornehmste Aufgabe betrachte, die deutsche Republik, wie sie in der Verfassung von Weimar verankert ist, zu sichern, und auf ihren Ausbau im Geiste sozialer Gerechtigkeit und politischer Freiheit hinzuarbeiten. Was das Reichsbanner in dieser Beziehung schon geleistet hat, wird vielleicht eine spätere Geschichtsschreibung zu würdigen wissen.“

Carsten Kohlmann M.A., Jahrgang 1972, ist Historiker und Volkskundler und arbeitet zur Zeit an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen an seiner Dissertation. Als Mitglied des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold - Bund aktiver Demokraten e.V.“ sprach er über das Thema dieses Aufsatzes bei der Eröffnung der Ausstellung „75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ am 12. Juni 2002 im DGB-Haus Stuttgart. Der Aufsatz stellt eine überarbeitete Fassung dieses Vortrages dar.



Kundgebung des
Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold für
den Gau Württemberg
am 9. August 1931 in
der Stuttgarter
Stadhalle.

Alle Bilder zu diesem Artikel aus „Momente - 4/2002

Briefe

Am 25. März 2003 wurde unsere Ausstellung „75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ im Gymnasium Am Kothen in Wuppertal eröffnet. Nachstehend der Bericht von 2 Schülerinnen über die Ausstellung.

Am Dienstag, den 25.03.03 gaben uns *David Mintert*, Historiker und ehemaliger Schüler unseres Gymnasiums, *Hans Bonkas*, geschäftsführender Bundesvorsitzender des Reichsbanners und *Dr. Volkmar Zühlsdorff*, Mitbegründer des Reichsbanners, die einzigartige Gelegenheit an einer interessanten und informativen Veranstaltung teilzunehmen.

Alle Schüler der Oberstufe, die an einem Geschichtskurs teilnehmen, sowie *OB Dr. H. Kremendahl*, unser Schulleiter *Herr Lippka*, mehrere Lehrer und andere geladene Gäste waren nach einer Einleitung in das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold herzlich eingeladen, Fragen zu stellen.

Zunächst wurde von Herrn Kremendahl und Herrn Lippka jeweils eine Rede gehalten. Anschließend lieferten die Zeitzeugen uns Informationen, die sowohl emotionale wie auch sachliche Hintergründe hatten, und vermochten so die Schüler und andere Besucher in die damalige Situation zu versetzen. Es wurde allen bewusst, wie wichtig es ist, die Geschichte auch aus der Sicht von Zeitzeugen zu erleben und nicht nur durch Lesen von Literatur oder durch Erarbeiten in der Schule.

Ein wichtiger Aspekt der anschließenden Podiumsdiskussion war die Aufforderung von *Herrn Dr. Zühlsdorff* und *Herrn Bonkas*, Demokratie und Freiheit niemals als

Selbstverständlichkeit zu betrachten und diese - wenn nötig - mit vollem Einsatz zu schützen. Denn Demokratie, so die Zeitzeugen, braucht Demokraten.

Zum Schluss waren die Schüler und Besucher nun aufgefordert Fragen zu stellen. Diese Gelegenheit nahmen die Schüler gerne wahr und stellten an *David Mintert* und den Zeitzeugen sowohl interessierte wie auch kritische Fragen, die ausführlich beantwortet wurden.

Am Ende der Podiumsdiskussion waren Schüler und Besucher herzlich eingeladen sich die Ausstellung anzugucken, die auf großen Tafeln Dokumente, Original-Exponate und Bilder zeigte. So konnte man sich noch einen abschließenden, visuellen Eindruck des Reichsbanners machen.

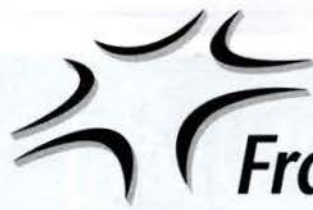
Unserer Meinung nach war diese Veranstaltung ein voller Erfolg, da das Geschichtsbewusstsein aller Anwesenden gefördert wurde.

Wir sind stolz, dass diese einzigartige Ausstellung an unserer Schule stattfindet.

Frauke Wendler und Nadja Frenzel

Ausstellungen

- 16.05.03 Luisen Gymnasium, München
- 02.06.03 Otto-Hahn-Gymnasium, Landau/Pfalz
- 16.06.03 Integrierte Gesamtschule, Kantel
- 01.07.-15.08.03 Gesellschaft für Politik, Saarbrücken
- 02.09.03 Prälat Diehl-Schule, Groß-Gerau
- 01.10.03 Georg-Büchner-Gymnasium, Bad Vilbel
- 10.11.03 Gymnasium in Schramberg



Fraport

Frankfurt Airport
Services Worldwide



**Das ideale Zentrum Europas:
Immer in Bewegung.**

Auftrieb für eine ganze Region

Experten sind sich einig: Dank seiner günstigen Lage und einer überdurchschnittlichen Wirtschaftskraft gehört das Rhein-Main-Gebiet zu den führenden Zentren Europas. Denn wo sich Menschen aus aller Welt begegnen, finden internationale Unternehmen Messen ebenso optimale Bedingungen wie die Europäische Zentralbank. Und weil die Wachstumsbranchen der Zukunft auf Flexibilität und Weltoffenheit angewiesen sind, wird der Flughafen Frankfurt auch künftig seine wichtige Funktion ausüben: als Motor einer dynamischen Region.

Internet: www.ausbau.flughafen-frankfurt.com